

Nein zu Heliskiing bei Engelberg

Obwalden und Uri bezweifeln touristisches Bedürfnis und haben ökologische Bedenken

Schweiz 25. Mai 2011

Soll in Engelberg eine neue Region für Heliskiing erschlossen werden? Nein, sagen die direkt betroffenen Kantone Obwalden und Uri. Sie wehren sich gegen Pläne des Bazl, einen neuen Gebirgslandeplatz einzurichten.

Martin Merki

Das ökologisch heikle Thema Gebirgslandeplätze für Heliskiing sorgt zunehmend für Diskussionen und insbesondere beim SAC für rote Köpfe. Der Zentralvorstand wehrt sich gegen eine Ausweitung des Heliskiing und stellt sich damit teilweise gegen die Haltung von lokalen Sektionen. Neue Bewegung in den Streit kommt mit der Überprüfung der 42 Gebirgslandeplätze durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl). Gemäss Bazl sollen Landeplätze teilweise aufgehoben und durch neue ersetzt werden. Als Ersatz für zwei Landeplätze im Jungfrau- Aletsch-Gebiet schlägt das Bazl einen Landeplatz bei Engelberg vor, im Gebiet Chli und Gross Spannort und beim Grassen. Das Gebiet tangiert die Kantone Obwalden und Uri.

Kritik aus Uri

Die Urner Regierung kritisiert die Pläne des Bazl deutlich. Sie lehnt in ihrer Stellungnahme von Mitte April sowohl ein Ausbildungs- und Trainingsgebiet als auch einen neuen Gebirgslandeplatz für Heliskiing im Gebiet Grassen, Chli und Gross Spannort ab. Dies würde das Gebiet mit Lärm belasten, was nicht mit den Schutzziele zu vereinbaren sei. Durch Heliskiing wären sehr grosse und auch bedeutsame Wildeinstandsgebiete tangiert, heisst es. Das wertvolle, alpine Ruhegebiet sei auf Urner Seite frei von technischen Infrastrukturanlagen und weise nur einen sanften Wander- und Skitourismus auf. Bereits heute würden häufig militärische Übungsflüge und Trainings im Kanton Uri durchgeführt.

Tourismus betont Vorteile

«Grosse Vorbehalte» gegen Heliskiing im Gebiet bei Engelberg meldet nun auch die Obwaldner Regierung in ihrer Antwort vom letzten Freitag an. Begründet wird dies mit den zusätzlichen Umweltbelastungen, «ohne dass

diesen ein offensichtlicher touristischer Nutzen gegenüberstünde», wie der Obwaldner Regierungsrat ans Bazl schreibt. Es müssten erhebliche Immissionen in einem bisher ruhigen Gebiet erwartet werden. Die Wildtiere würden durch die Freerider in einem viel grösseren Gebiet als den Landeplätzen gestört.

Die Obwaldner Regierung hat sich viel mehr Zeit gelassen für ihre Antwort. Das hängt möglicherweise nicht nur damit zusammen, dass kantonale Fachstellen angehört werden mussten und der Sitzungsrhythmus des Regierungsrates keine schnelle Antwort erlaubte, wie es im Brief heisst, sondern auch mit der starken Stellung des Tourismus in Engelberg. Die lokale Tourismusorganisation äusserte sich positiv zu einem Heliskiing-Angebot, insbesondere für skandinavische Freerider. Heliskiing könnte für den gehobenen Tourismus in Engelberg attraktiv sein und eine Ergänzung für Gäste, die künftig im geplanten Fünf-Sterne-Hotel absteigen. Vorgesehen ist auch weiterhin, die Skigebiete von Engelberg, Melchsee-Frutt und Meiringen-Hasliberg zu verbinden.

Paul Federer, Obwaldens Baudirektor, sieht dagegen keinen grossen Nutzen für den Tourismus. «Wenn 1000 Freerider kommen und dafür 2000 Gäste ausbleiben, dann bringt die Einrichtung eines Heliskiing-Landeplatzes nichts.» Man müsse bei einer Entscheidung auch die Nachteile in die Waagschale werfen. Federer rechnet damit, dass es viele Flugbewegungen und Lärm beim Start geben würde. Deshalb habe der Obwaldner Regierungsrat unter Berücksichtigung der touristischen Anliegen die Ampel auf Hellrot und nicht Dunkelrot gestellt. Dazu kämen die ökologischen Überlegungen hinzu, die gegen die neuen Landeplätze sprächen.

Naturschutz zufrieden

Die Naturschutzorganisationen begrüssen die deutlichen Worte aus den beiden Kantonen. Elsbeth Flüeler von Mountain Wilderness kann nicht verstehen, dass das Bundesamt für Zivilluftfahrt alternative Standorte sucht, wo ebenfalls schutzwürdige Landschaften tangiert sind. Das Vorgehen erinnere sie an die Nagra, wo man ebenfalls nach neuen Standorten suche, sobald der politische Widerstand an einem möglichen Standort für ein Endlager für Atommüll zu gross werde.

KOMMENTARE

Neuen Kommentar hinzufügen

[Einloggen](#)

Geben Sie hier Ihren Kommentar ein.

Einloggen